

„Panikattacken in der deutschen Klimadiskussion verunsichern die Wirtschaft“

Stand: 12.08.2019

Von [Jan Dams](#), [Anja Ettl](#), [Michael Gassmann](#), [Philipp Vetter](#) Quelle: WELT / Lukas Axiopoulos

Die deutsche Autoindustrie erwartet in diesem Jahr einen deutlichen Rückgang der Inlandsproduktion. Rund fünf Prozent weniger Fahrzeuge sollen vom Band rollen. Den Arbeitsmarkt in der Automobilbranche soll das aber nicht beeinträchtigen.

Die Konjunktur wackelt: Aus vielen Branchen kommen immer neue Schreckensnachrichten. Schuld daran sei nicht nur der schwelende Handelskonflikt, sagen Ökonomen. Sondern die deutsche Politik – zum Beispiel mit der Schuldenbremse.

Michael Hüther ist sauer. Nicht auf US-Präsident Donald Trump, der mit seinen [Eskapaden im Handelsstreit](#) mit der EU und China die Wirtschaft verunsichert. Nicht auf den britischen Premier Boris Johnson, der droht, mit einem ungeordneten Brexit alle Bindungen an die EU zu zertrümmern.

„Die Unsicherheit im Handelsstreit und beim Brexit drücken auf das Wachstum“, sagt Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. **Sauer ist er aber auf die Bundesregierung.**

Denn die wahren Probleme sieht er im Inland. „Die Panikattacken in der deutschen Klimadiskussion verunsichern die Wirtschaft“, klagt der Ökonom. Er fordert ein [anderes Herangehen an die Probleme](#). Eines, dass die Unternehmen mitnimmt, weil sie es sind, die Innovationen zur Bekämpfung der Erderwärmung entwickeln könnten.

Deutschland im Sommer 2019. Die [Konjunktur wackelt](#). Und zwar ernsthaft, wie das KfW-Ifo-Mittelstandsbarometer zeigt: „Bei den Großunternehmen ist die Stimmung mittlerweile alarmierend schlecht“, schreiben die Autoren. Stimmungsmäßig sei man nur noch wenig von den schlimmsten Zeiten der [Euro-Krise](#) entfernt.

Nur ein Durchhänger oder schon eine Rezession?

Die Zahlen sind rot: Im zweiten Quartal sank die Produktion der Metall- und Elektroindustrie um fast zweieinhalb Prozent im Vergleich zum ohnehin schon schwachen Jahresauftakt.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ging die Produktion in den ersten sechs Monaten sogar um fast fünf Prozent zurück. Im Juni brach der Export gegenüber dem Vorjahresmonat um acht Prozent ein. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall schreibt. „Die Rezession ist da.“

Von [Rezession](#) will Hüther noch nicht sprechen: „Wir erleben gerade einen Durchhänger.“ Die Euro-Zone sei robust, der Arbeitsmarkt in Deutschland auch. Deutschland brauche jetzt eine handlungsfähige Regierung. Erstaunlicherweise redet Hüther vom arbeitgebernahen IW nicht in erster Linie Steuersenkungen das Wort. Er fordert auch nicht, dass Arbeitnehmer jetzt den Gürtel enger schnallen. Er will einen „Deutschlandplan für die kommenden zehn Jahre“.

Der [Umbau der Klimapolitik](#) sowie alle [anderen Investitionen](#) sollen darin enthalten sein. „Diese Aufgaben gliedert man in ein Sondervermögen aus und finanziert sie über neue [Schulden](#), die dank Minuszinsen so billig wie nie sind“, sagt Hüther. „Da macht man keinen Verlust, sondern einen Gewinn.“

Sein Kollege Gabriel Felbermayr vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel sieht die Lage nicht anders:

Zwar sei der Handelskonflikt eine Gefahr. „Der Welthandel wird nie wieder so sein, wie wir ihn seit 1990 gekannt haben.“ Nur werde Deutschland sich damit arrangieren, auch wenn es als Exportland stärker betroffen sei als andere Staaten.

Ein großer Teil der jetzigen Probleme sei hausgemacht. „Wir tun so, als sei Donald Trump an unserem schwachen Wachstum schuld“, sagt der Handelsökonom. „Nur geben das die Zahlen nicht her.“ Die Regulierung der Wirtschaft, die schwache Demografie, die Frage, ob Deutschland im Herbst eine Regierung habe – all das belaste den Standort. „**Wir machen unser Schicksal immer noch selbst**“, sagt Felbermayr.

Hüter will daher Dinge abschaffen, die bislang als selbstverständlich gelten: „Die schwarze Null“ – also die Idee vom Haushalt ohne neue Schulden – sei „heutzutage wirtschaftspolitisch Unsinn.“ Die [Schuldenbremse](#)? Sei von ihrer Idee her nicht schlecht, nur investitionspolitisch blind. „Die Schuldenbremse sollte man daher für den normalen Haushalt weiter gelten lassen, nicht aber für das Sondervermögen.“ Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen, so sein Plädoyer.

Autoindustrie steuert auf Katastrophenjahr zu

Ungewöhnlich sind die Zeiten auf jeden Fall. Ausgerechnet für die Spitzenbranche des Landes, die Autoindustrie, läuft es nicht gut. Das kann auch Bernhard Mattes nicht bestreiten. Anfang Juli bemühte sich der Präsident des Verbandes der [Automobilindustrie](#) (VDA) zwar noch, den sprichwörtlichen Silberstreif am Horizont zu erkennen.

Immerhin, so Mattes, liege die Zahl der verkauften Pkw in diesem Jahr sicher noch deutlich über dem Wert für die Krisenjahre 2008 und 2009. Nur waren das eben Katastrophenjahre. Der VDA rechnet für seine drei wichtigsten Absatzmärkte – Europa, die USA und China – jeweils mit einer schrumpfenden Nachfrage. Weltweit prognostizieren die Auto-Lobbyisten ein Minus von zwei Prozent.

In der für Deutschland so wichtigen Branche häufen sich die Probleme: der noch immer nicht ganz verarbeitete [Diesel-Skandal](#). Die Unsicherheit im Handelsstreit. Verschlafene Innovationen bei der E-Mobilität. Und dann die Pannen beim Abgastest-Verfahren WLTP.

Beobachter sind pessimistisch. Von einem Rückgang der Nachfrage um fünf Prozent ist überwiegend die Rede. Gewinnwarnungen quer durch die Branche: [Continental](#), Schaeffler, [BMW](#), [Daimler](#). Bosch ist zwar nicht an der Börse, korrigiert die Erwartungen aber ebenfalls nach unten und kündigt an, dass es wohl nicht ohne weiteren Stellenabbau gehen werde.

Noch gibt es kaum Entlassungen in der Branche, man behilft sich mit dem Abbau von Überstunden, Verträge von Leiharbeitern werden nicht verlängert, Mitarbeiter früher in den Ruhestand geschickt. Nur kann niemand garantieren, dass es dabei bleibt.

Wenn die Großen kränkeln, trifft das den Standort. Kleinere Zulieferer haben schon jetzt schwer mit der Krise zu kämpfen. Um zwölf Prozent brach die Autoproduktion in Deutschland in den ersten sechs Monaten des Jahres ein. Setzt sich der Trend fort, werden in diesem Jahr so wenige Autos in Deutschland gebaut wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr.

„Die nächsten Jahre werden die schwierigsten, die die Autoindustrie je erlebt hat“, sagt Ferdinand Dudenhöffer vom Center Automotive Research (CAR). Er rechnet nicht mit einer schnellen Erholung. Das Autoland Deutschland, dessen Wohl und Wehe an dieser einen Branche hängt, muss für Hersteller beten, die selbst massenweise Fehler gemacht haben.

Die Chemieindustrie leidet unter sinkenden Exporten

Die mächtige Chemieindustrie dürfte in diese Gebete inbrünstig mit einstimmen. Deutschlands drittgrößte Branche beliefert alle Industriezweige mit Vorprodukten. Eine sinkende Nachfrage bekommen die Giganten vom Rhein frühzeitig zu spüren. Sie sind so etwas wie das Frühwarnsystem der Konjunktur. Läuft es in der Chemie schlecht, dauert es nicht lang, bis sich der Abschwung durch die gesamte Wirtschaft frisst.

Nun häufen sich die Störsignale in Form von Gewinnwarnungen. Beispiel [BASF](#): Noch im Mai verkündet der Chef des weltgrößten Chemiekonzerns, Martin Brudermüller, zuversichtlich, man werde an der eigenen Gewinnprognose festhalten.

Nur acht Wochen später musste der seit 15 Monaten amtierende Top-Manager eine Gewinnwarnung abgeben, die es in sich hat. Für das laufende Jahr rechnet BASF nun mit einem Gewinneinbruch von bis zu 30 Prozent. Umsatzwachstum? Fehlanzeige. Stattdessen wird nun sogar ein Rückgang erwartet.

Auch der Branchenverband VCI hat seine Prognose für 2019 gesenkt. „Die Dynamik der Weltwirtschaft hat sich deutlich abgeschwächt. Das dämpft die Nachfrage nach den Produkten unserer stark exportorientierten Branche“, sagt Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann.

Die Produktion der Branche habe sich in den ersten sechs Monaten um über sechs Prozent verringert. „Der Rückgang betrifft fast alle Produktbereiche.“ Für das Gesamtjahr erwartet die Chemieindustrie einen Umsatzrückgang um drei Prozent. Es wäre der stärkste Einbruch seit dem Krisenjahr 2009.

Maschinenbau fürchtet breiten Abschwung

Flexible Arbeitszeiten sind bei Beschäftigten beliebt. Und auch Betriebe nutzen sie gern, um auf unerwartete Marktschwankungen zu reagieren. Doch in weiten Teilen des [Maschinenbaus](#) reicht die atmende Arbeitszeit nicht mehr als Puffer – die Auftragsflaute ist einfach zu ausgeprägt.

[Heideldruck](#) etwa, der führende deutsche Hersteller von Druckmaschinen, hat [Kurzarbeit](#) angemeldet. Im Herbst könnte es so weit sein. „Wir können das Instrument nutzen, wenn es notwendig werden sollte“, sagte ein Sprecher. Schon vorher hatte die Firma ihre Jahresziele gekippt. Die Aktie des Unternehmens ist für zeitweise weniger als einen Euro zu haben.

Der Fall Heideldruck befeuert die [Angst vor einem breiten Abschwung](#) der Industrie. Im ersten Halbjahr 2019 gingen bei einer der beschäftigungsintensivsten Branchen Deutschlands mit mehr als einer Million Mitarbeitern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum real neun Prozent weniger Bestellungen ein.

„Dieser Rückgang geht auf die schwächere Weltkonjunktur, die zahlreichen meist politisch motivierten Verwerfungen und den tiefgreifenden Strukturwandel in der Automobilindustrie zurück“, fasst Olaf Wortmann, Konjunkturexperte des Branchenverbands VDMA, die Ursachen zusammen.

Der Handel fällt als Retter aus

Für die Händler schien die Welt bis vor Kurzem noch in Ordnung zu sein. 45 Millionen Beschäftigte in Deutschland verdienen derzeit Geld, das ausgegeben werden will. Die Löhne und Renten steigen. Noch für Februar meldete das Statistische Bundesamt eine Steigerung des Privatkonsums um beachtliche 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Erstmals seit Jahrzehnten, so die Hoffnung, könnten die Konsumenten die ungewohnte Rolle als Retter der Konjunktur übernehmen.

Daraus wird aber wohl nichts. Der deutsche Konsument bleibt nach neuen Daten vorsichtig wie eh und je, und die vielen Negativmeldungen zur Konjunktur haben bereits begonnen, ihm [die Kauflaune zu verderben](#). „Die Verbraucherstimmung sinkt im August spürbar“, stellte der Handelsverband Deutschland (HDE) in seiner regelmäßigen Umfrage unter 2000 Konsumenten fest.

„Die Verbraucher gehen davon aus, dass sich die Eintrübung der Gesamtkonjunktur auch zeitnah auf den eigenen Geldbeutel auswirken wird“, so der HDE. Die Angst um Job und Einkommen, sie ist zurück. Die „Anschaffungsneigung“ sinkt, längst bevor es Grund dazu gibt. Alles in allem ist das Gift für die Konjunktur.